

Kriegsverbrecher gefährden die Völker der Welt

von Dieter Brendahl (Attac EKU – AG)

Täglich sterben Menschen auf beiden Seiten des Ukraine-Krieges, die ihn nicht gewollt haben. Viele wissen: Leid und Zerstörung nehmen zu, je länger er dauert. Er kann nur von Volksbegehren gestoppt werden. Die Völker müssen ihre Regierungen zwingen untereinander gegen den Klimawandel zu kooperieren, anstatt mit Kriegen Leid, Tod und Zerstörung zu provozieren. Sanktionen der Staaten untereinander nützen den Kriegsverbrechern. Sie schaden der Menschheitsfamilie und befeuern den Klimawandel. Mit von der UNO kontrolliertem Waffenstillstand muss der Krieg sofort gestoppt werden, um weiteren Notstand zu verhindern.

Nur Überwindung von Militarismus und Krieg sichert das Fortbestehen der Menschheitsfamilie.

Regierungen, die keine Volksentscheide gegen Waffenlieferung an Kriegsteilnehmer erlauben, sind faktisch an Kriegsverbrechen beteiligt.

Jede versäumte Forderung zum Waffenstillstand und jedes versäumte Kooperationsangebot gegen den Klimawandel verursacht Tod und Zerstörung.

Wenige haben technische Revolutionen für sich ausgebeutet, indem sie überbordenden Besitzreichtum anhäuften. Sie missbrauchen ihn, um Macht mit Gesetzgebung auszuüben. Dazu verfügen sie über Geld, Medien, Militär und Gefängnisse.

Kriegsverbrecher beanspruchen für sich selbst Rechtsfreiheit, Anspruch auf Vetorecht gegen das Gewaltverbot der UNO und Aufrechterhaltung der Unverbindlichkeit von Mehrheitsbeschlüssen der UNO-Vollversammlung. Militärische Rechtsverletzungen und Missachtung der Menschenrechte imperialer Großmächte bleiben überwiegend ungeahndet.

Kriegsverbrecher haben Strafgesetze für alle, die sich Kriegsdiensten widersetzen. Wer Verbrechen gegen die Menschlichkeit Preis gibt, landet im Gefängnis. Julian Assange

wird dafür in aller Öffentlichkeit brutal verfolgt. Illegale Kriege der NATO, Guantanamo und US-Foltergefängnisse in fremden Ländern sind Zeugnis von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Russlands Bürger müssen mit jahrelanger Gefängnishaft rechnen, wenn sie Krieg als das bezeichnen, was er ist.

Die Regierung der Ukraine veranlasst Frauen, Kinder, Kranke und Alte zur Flucht. Ihre Männer werden per Gesetz zum Kriegsdienst unter Einsatz ihres Lebens gezwungen.

Kriegsrüstung wird mit Abschreckung gegen Angreifer begründet. Dagegen steht, dass Sicherheitsversprechen von teuer bezahltem Militarismus noch nie eingelöst wurden. Rüstung mit Atombomben und Morddrohnen gibt Wenigen Macht für Angst Vieler. Von herrschaftstreuen Medien wird im Ukraine-Krieg von Terror begründete Angst als Heldentum zur Erreichung vorgegebener Kriegsziele umgedeutet.

Die deutsche Bundesregierung betrügt Ihre Wähler! Sie hat Infrastruktur gegen den Klimawandel versprochen und liefert Kriegswaffen, die Tod und Zerstörung sowie unumkehrbare Klimakipppunkte und Verlierer hervorbringen.

Viele beamtete und gewählte deutsche Politikerinnen und Politiker ignorieren, dass Privatisierung natürlicher Ressourcen Gemeinnützigkeit verhindert.

Mit Steuergeldern, die den Ukraine-Krieg verlängern, könnte in kürzester Frist industrieller Energiebedarf schadensfrei gesichert werden. Stattdessen werden erforderliche Langzeitspeicher für Wärme und chemisch umgewandelten grünen Strom privaten Gewinninteressen geopfert.

Füllung vorhandener Erdgasspeicher und Pipelines für Erdöl und Erdgas mit Wasserstoff reicht aus, um den Energiebedarf ganzjährig zu decken. Nordstream 1 und 2 können ebenso wie Erdöltrassen zur Speicherung von Wasserstoff und dessen Transport umgerüstet werden. In Wasserstoff umgewandelte Sonnenstrahlung und Windenergie verursacht weder

klimaschädliche Leckagen noch gesundheitsschädliche Emissionen.

Mit dem Pyrolyseverfahren kann Erdgas an dessen Quellen in klimafreundlichen (türkisen) Wasserstoff und Carbon umgewandelt werden. Ziel muss ein Verbundverfahren mit Düngemittel- und Kohlefaserproduktion sein. Kurzfristige Realisierung erfordert spezifische kooperative Forschung und Entwicklung für schadensfreie Deckung des Energiebedarfs. Der Aufwand dafür ist ein Vielfaches geringer, als der von der NATO veranlasste Aufwand für Kriegswaffen.

Zur Deckung des Wärmebedarfs können Speicher im ausgekohlten Bereich von Braunkohlentagebauen errichtet werden, bevor das Deckgebirge wieder aufgeschüttet wird. Beton-Fertigbauteile sind dafür geeignet, wie sie für die unterseeische Tunnelverbindung zwischen Deutschland und Dänemark verwendet werden. Als Speicher für Sommerwärme ausgerüstet, können damit Fernwärmenetze versorgt werden.

Deutschlands größter Erdgasspeicher im niedersächsischen Rehden gehört der Gazprom-Tochter Astora. 2013 vereinbarte BASF als Betreiber des Speichers ein milliardenschweres Tauschgeschäft mit Gazprom, das 2015 abgeschlossen wurde. BASF hat infolge dessen Anteilsbesitz an russischen Erdgasfeldern und ist mit einer Kriegspartei verbunden. Allgemeine Schlussfolgerung: Privatisierung natürlicher Ressourcen verhindert Gemeinnützigkeit.

An Stelle Energiehandel muss Energieselbstversorgung und kooperative Energiewirtschaft treten. Sie basiert auf gemeinnütziger Nutzung der Technik für Umwandlung kostenloser natürlicher Energien. Ständig steigende Marktpreise klimaschädlicher Energien treiben privaten Energiehandel in die Insolvenz.

Vergleichsweise geringe Kosten für Technik zur Umwandlung regenerativer Energien, Speicher und Wartungsdienste garantieren bedarfsgerechte und sichere Energieversorgung.

Steigende Nachfrage dieser Technik führt zu deren Preisverfall, wie wir ihn bei Rechen- und -Kommunikationstechnik kennen.

Energieselbstversorgung mit 100 % erneuerbaren Energien wird von etablierten Energieversorgungs- und Rüstungskonzernen mit Geldmacht gesetzgeberisch bekämpft. Damit verursachte Klimafolgekosten sind unberechenbar.

Energie-Konzerne halten an klimaschädlicher Energieversorgung mit Kohle, Erdöl und Erdgas fest, auch, wenn deren Preisanstieg zum Ruin führt.

Der deutsche Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck schützt parasitäre Händler mit Steuergeldern vor Insolvenz, wie das Beispiel des abgestoßenen deutschen Anteils am finnischen Uniper-Konzern zeigt: Langzeitverträge verpflichten Uniper zu Erdgas-Lieferungen weit unter dem gegenwärtigen Einkaufspreis. Anstatt diesen „systemrelevanten“ Konzern zu verstaatlichen, wird den Eigentümern für die von ihnen verursachten Verluste mit Steuergeldern ausgeholfen.

Die finnische Regierung verweigert eine derartige Insolvenz-Rettungsaktion des Konzerns.

In Deutschland werden private Insolvenzen durch Spekulation mit klimaschädlichen Energien vom Staat verhindert. Das inzwischen zweckentfremdete Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) liefert die Grundlage.

Hier zeigt sich: Ohne massive Gegenbewegung bleiben die Herrschenden mit Korrumpierung von Parteien, Berufspolitikern und Gewerkschaftern stets Gewinner.

Deutschland verfügt über Fähigkeiten, mit globaler Strategie einen wichtigen Beitrag zur Ablösung von klimaschädlichen Energien zu leisten. Die Energiewende - weg von teuren klimaschädlichen Energien, hin zu erneuerbaren kostenlosen Primärenergien - kann allen Ländern helfen, für ihren Eigenbedarf natürliche Energien nutzbar zu machen.

Bei Selbstversorgung werden Kosten zur Installation und Wartung der Umwandlungs-, Transport- und Speichertechnik

erneuerbarer Energien aufwandsgerecht unter den Nutzern aufgeteilt.

Steuerfreie kostenlose Primärenergien und Dezentralität sind geldwerte Vorteile der Energie-Selbstversorgung.

Trennung der Selbstversorgung von Beteiligung am Energiehandel mit Kohle, Erdöl und Erdgas ist für seriöse Energiepolitik unverzichtbar.

Nur so können schnell wachsende Cluster mit 100% erneuerbaren Energien entstehen.

Regeln zur regenerativen Selbstversorgung mit Energie müssen dem Vorteil der Industrie und Institutionen aller Eigentumsformen dienen. Befreiung von klimaschädlichen Energien befreit auch von Abhängigkeit deren ständig steigender Marktpreise.

Sicherung von Teilhabe der Bevölkerung ohne Kapital, Grundbesitz, Wohneigentum und Vermögen an energetischer Selbstversorgung ist demokratische Pflicht. Sie muss frei wählbare Alternative zu ständig steigenden Preisen der Energie aus Netzen mit fossilen Energien und Energie aus Atomkraftwerken sein.

(Im Bundestagswahljahr 2021 sind Großspenden von insgesamt 13,5 Millionen Euro an die Parteien geflossen. Die FDP hat mit 4,4 Millionen Euro die meisten Spenden eingestrichen. Die Grünen - die laut ihrem Wahlprogramm Spenden von Unternehmen verbieten und andere auf 100.000 Euro begrenzen wollen - bekamen 3,4 Millionen und behielten sie auch.)*

Denkfabriken, Medien sowie angeblich wissenschaftliche Studien werden für Massenmanipulation finanziert. Finanzierung faschistoider Parteien - teilweise sogar aus dem Staatshaushalt, verursacht weltweit zu beobachtenden Demokratieabbau.

Kooperationsverhandlungen aller Länder der UNO zur Ablösung von Kohle, Erdöl, Erdgas und Atomkraftwerken sind zwingend, um verbrecherischen Militarismus zu verhindern.

Nur mit 100 % erneuerbaren Energien ist Klimaschutz erreichbar.

So genannte Brückentechnologien sind Ergebnis korrupter Vorteilsnahme bei Gesetzgebungsverfahren. Sie verharmlosen die Klimakatastrophe und verdecken klimaschädliche Subventionen. Infolgedessen werden Investitionen in Atomkraftwerke und Erdgas als „nachhaltig“ für die Energiewende gefördert.

Aufklärung über die Demagogie der Energieversorgung mit Hilfe des Militarismus ist eine der vorrangigsten Missionen antikapitalistischer Globalisierungskritik von Attac. Dazu sind eigene Gesetzesinitiativen unverzichtbar.

Die Ursachen von Militarismus und geistiger Korruption müssen erkannt und offengelegt werden. Ohne 100 % erneuerbare Energieversorgung gibt es weder Frieden noch soziale Sicherheit. Stets muss Antwort auf die Frage gesucht werden, wie friedliche Koexistenz zwischen den Völkern erreichbar ist und wer sie im Eigeninteresse verhindert.

)* Jan Korte in clara. 51 | 2022, Seite 12, Magazin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Siehe hierzu auch Petition 125665: Erneuerbare-Energien-Gesetz - Legalisierung autonomer Selbstversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien per Gesetz, vom 20.08.2021
https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2021/_08/_20/Petition_125665.html